

1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wichtig. Eltern brauchen verlässliche Betreuungszeiten im Kindergarten. Ausreichend Betreuungsplätze bedingen Kita-Einrichtungen und Erzieher und Erzieherinnen. Die CDU unterstützt die Massnahmen der Landesregierung, sei es die duale Ausbildung (PiVA) oder die Erweiterung des Fachkräftekatalogs.

Die Kommunen legen in Selbst- und Eigenverantwortung die Gebühren fest. Das Land übernimmt die Kosten für die ersten 6 Betreuungsstunden und stellt das 3. Kindergartenjahr frei. Kinderreiche oder einkommensschwache Familien erhalten staatliche Unterstützung bis hin zur vollständigen Übernahme der Kitagebühren. Hier bedarf es der unterstützenden Beratung und Begleitung.

Kinder haben ab dem 1. Lebensjahr einen gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Kinder unter 3 Jahren können auch im Rahmen der Tagespflege betreut werden. Hier übernehmen die Kreise einen Teil der Betreuungskosten. Tagespflegepersonen können von den Eltern je nach individuellem Betreuungsvertrag eine Selbstbeteiligung verlangen. Wir als CDU wollen das Angebot an Tagespflegepersonen ausbauen sowie den Ausbau von Pflegestützpunkten, in denen Kindeseltern beraten und betreut werden.

Die Zusammenarbeit von Kommunen und Landkreisen soll verstärkt werden.

Die Kommunen im Kreis GG kommen, soweit es ihnen möglich ist, ihrem Auftrag zur Teilhabe von Kindern an frühkindlicher Bildung nach. Der Bereich der Kinderbetreuung nimmt einen wesentlichen Teil im kommunalen Haushalt ein, da die Betreuungskosten durch die Gebühren nicht gedeckt werden. Der Deckungsbeitrag der Eltern liegt meist weit unter dem vormals vorgesehenen Ansatz von 30 %. (Dies belastet die kommunalen Haushalte)

2. Inklusion und Chancengerechtigkeit

Inklusion ist die Basis für das gleichberechtigte Aufwachsen von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen. Das KiFöG sieht bei einer Aufnahme eines Kindes mit Beeinträchtigungen eine niedrigere Zahl an zu betreuende Kinder in der Gruppe vor, damit größere Aufmerksamkeit für jedes einzelne Kind bleibt. Durch Betreuungsassistenzen können Kinder zusätzlich unterstützt und Erzieher entlastet werden.

Eine Überlegung der CDU ist es ambulante Therapien in Kitas verstärkt zu ermöglichen, z.B. Krankengymnastik oder Logopädie.

Kinder verschiedener Herkunft in einer Einrichtung können eine Bereicherung sein. Grundvoraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe ist der Erwerb der deutschen Sprache. Erst mit dem Erwerb dieser Kompetenz können weitere Fähigkeiten hinzustreben und gefördert werden.

Die Vergabe der Kitaplätze erfolgt über die Kommune. Hier sollte der Kreis nicht eingreifen. Oftmals ist aber die Zusammensetzung einer Kitagruppe von der örtlichen Bevölkerungsstruktur abhängig.

Die CDU wird den Ausbau von Kitas mit spezifischen Konzepten unterstützen, z.B. Sprachkita oder musikalische Früherziehung. Auch liegt uns der Ausbau von inklusive Betreuungsplätzen am Herzen.

3. Fachkräftemangel

Die CDU weiß um die enormen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher. Daher stärken wir die Verpflichtung nach Fortbildung und Supervision oder externer Begleitung des Kitateams oder einzelner Betreuerinnen und Betreuer.

Die Arbeitszufriedenheit hängt auch von der Zusammensetzung der Teams ab. Hier sollten die Verantwortlichen der Kommunen im Rahmen der Mitarbeiterfürsorge ein offenes Ohr für Missstimmungen haben und ggf. Umbesetzungen vornehmen.

Zur Verbesserung der Fachkräftesituation hat die CDU geführte Landesregierung bereits Maßnahmen ergriffen. Z. B. den Ausbau der dualen Ausbildung im Rahmen von PiVa (vgl.1.) Zudem wurde der Quereinstieg in den Erzieher- und Erzieherinnen Beruf erleichtert und der Fachkräftecatalog erweitert.

Die CDU betont auch stets die Wertigkeit des Berufs der Erzieherin/des Erziehers. Die gesellschaftliche Anerkennung des Berufsstandes ist für zukünftige Arbeitskräfte eine Ausbildung zu beginnen neben persönlichen Neigungen ausschlaggebend.

Viele Menschen mit im Ausland erworbenen Abschlüssen sind für den Erzieherberuf geeignet. Wir wollen eine schnellere Anerkennung der Abschlüsse und eine frühzeitigere Arbeitserlaubnis wie jetzt von der Bundesregierung in Aussicht gestellt. Der Bereich der Kindererziehung ist ein sehr sensibler und Kinder sollten uns eine notwendige und erforderliche gesetzliche und pädagogische Eignungs-Prüfung der Bewerber aus dem Ausland (auch wenn diese zeitlich länger dauert) vor Schnellentscheidungen wert sein.

4. Elternbeteiligung

Die CDU fordert und fördert die Wahl von Elternvertretung – auch schon im Elementarbereich. Hierfür sollte in Elternabenden geworben werden. Dies bedarf auch das Interesse der Eltern sich einzubringen.

Die Beteiligung an der Wahl zur Landeskitaelternvertretung war leider äußerst gering.

Auch sieht die CDU den Nutzen von kommunalen Foren, in denen die Eltern mit Vertretern aus der örtlichen Politik und der Kommunalverwaltung zusammenarbeiten und sich austauschen, z.B. Kindergartenforum/-kommission.

Die Besetzung der Stelle einer Fachdienstleitung im Bereich der Kindertagesbetreuung sollte zur besseren fachlichen Koordinierung und Beaufsichtigung erfolgen. Die Stellenausschreibungen obliegen der Kreisverwaltung.

Einer Beteiligung der KEV im Jugendhilfeausschuss des Kreises sehen wir positiv.